

**EINFÜHRUNG  
POLITIK**

Peter Nitschke

# Politische Theorie der Prämoderne 1500 – 1800

Eine Einführung



**WBG**   
Wissen verbindet

Peter Nitschke

# Politische Theorie der Prämoderne 1500–1800

2. Auflage

## *Für Christine Sophia und Maximilian*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

2., erweiterte, bibliografisch aktualisierte Auflage 2011  
© 2011 by WBG (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt  
1. Auflage 2000

Die Herausgabe des Werkes wurde durch die Vereinsmitglieder der WBG ermöglicht.

Umschlaggestaltung: schreiberVIS, Seeheim

Satz: Lichtsatz Michael Glaese GmbH, Hemsbach

Redaktion: Frank Schlumm, Berlin

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Printed in Germany

**Besuchen Sie uns im Internet: [www.wbg-wissenverbindet.de](http://www.wbg-wissenverbindet.de)**

ISBN 978-3-534-24038-8

Elektronisch sind folgende Ausgaben erhältlich:

eBook (PDF): 978-3-534-71619-7

eBook (epub): 978-3-534-71621-0

# Inhalt

|  |     |
|--|-----|
| Vorwort . . . . .  | 7   |
| Einleitung . . . . .   | 9   |
| I. Die christliche Politik . . . . .   | 20  |
| 1. Martin Luther und die Zwei-Reiche-Lehre . . . . .                                     | 20  |
| 2. Francisco de Vitoria und die Begründung staatlicher Gewalt . . . . .                  | 24  |
| 3. Jean Bodin und die Souveränität des Monarchen . . . . .                               | 29  |
| 4. Gottfried Wilhelm Leibniz und<br>der wahrhaft christliche Regent . . . . .            | 34  |
| 5. Justus Möser und die prämoderne Bürgergesellschaft . . . . .                          | 38  |
| II. Die Machtfrage . . . . .   | 41  |
| 1. Niccolò Machiavelli und die Technik der Macht . . . . .                               | 41  |
| 2. Justus Lipsius und die politische Klugheit . . . . .                                  | 45  |
| 3. Thomas Hobbes und die Notwendigkeit der<br>staatlichen Macht . . . . .                | 49  |
| 4. Friedrich II. von Preußen und die Vernunft des Systems . . . . .                      | 55  |
| 5. Die Federalisten und die Autorität in einer<br>verfassungsgebundenen Gewalt . . . . . | 58  |
| III. Die Utopie . . . . .  | 63  |
| 1. Thomas Morus und das utopische Programm . . . . .                                     | 63  |
| 2. Thomas Müntzer und die eschatologische Zuspitzung . . . . .                           | 68  |
| 3. Francis Bacon und die Verwissenschaftlichung des Lebens . . . . .                     | 72  |
| 4. Jean-Jacques Rousseau und die Rekonstruktion<br>des wahren Menschen . . . . .         | 75  |
| 5. Louis-Sébastien Mercier und die Erfindung der Zeitreise . . . . .                     | 79  |
| IV. Der Vertrag . . . . .  | 82  |
| 1. Jean Bodin und das Netzwerk der Korporationen . . . . .                               | 83  |
| 2. Hugo Grotius und der stillschweigende Vertrag . . . . .                               | 85  |
| 3. Thomas Hobbes und der kleinste gemeinsame Nenner . . . . .                            | 89  |
| 4. John Locke und die Beschränkung der politischen Macht . . . . .                       | 94  |
| 5. Jean-Jacques Rousseau und der Wille des Volkes . . . . .                              | 99  |
| V. Die Kritik . . . . .  | 104 |
| 1. Erasmus von Rotterdam und Eigenliebe als<br>Daseinsprinzip . . . . .                  | 105 |
| 2. Michel de Montaigne und Selbsterkenntnis als<br>Handlungsfrage . . . . .              | 108 |
| 3. Baruch de Spinoza und die Freiheit zur Gleichheit . . . . .                           | 113 |

|  |     |
|--|-----|
| 4. Pierre Bayle und die Entlarvung der Mythen . . . . .                  | 117 |
| 5. David Hume und das Gefühl zur Menschlichkeit . . . . .                | 121 |
| VI. Die Republik . . . . .   | 125 |
| 1. Niccolò Machiavelli und der Nutzen der Mehrheit . . . . .             | 125 |
| 2. Johannes Althusius und die konsoziative Gemeinschaft . . . . .        | 129 |
| 3. James Harrington und die Herrschaft der Gesetze . . . . .             | 133 |
| 4. Montesquieu und der Selbstzwang zur Gerechtigkeit . . . . .           | 138 |
| 5. Immanuel Kant und die Maßstäbe der<br>öffentlichen Vernunft . . . . . | 143 |
| Rückbesinnung und Ausblick: Das Erbe der Prämoderne . . . . .            | 147 |
| Literaturverzeichnis . . . . .   | 153 |
| Register . . . . .   | 159 |

## Vorwort

Aufgrund der erfreulichen Nachfrage ist die erste Auflage dieser Einführung vergriffen gewesen. Dieser Umstand und die positiven Rezensionen, die noch Jahre nach dem Erscheinen folgten, haben mich dazu bewogen, eine zweite, nunmehr erweiterte Auflage auf den Markt zu bringen. Das Konzept des Buches, das als Einführung in die politischen Theorien der Prämoderne einem diskursanalytischen Ansatz folgt, ist nunmehr in schärferer Abgrenzung gegenüber dem Kontextualisierungsverständnis der Cambridge School herausgearbeitet worden, als mir das seinerzeit klar war. Insofern sind alle Teilkapitel einer modifizierenden Überarbeitung unterzogen worden, insbesondere der Aus- und Einblick sind zu großen Teilen neu geschrieben. Aufgrund meiner ausdifferenzierenden Beschäftigung mit diversen Denkern, die ich seinerzeit nicht berücksichtigt hatte, ist pro Hauptkapitel jeweils ein fünftes, gänzlich neues Teilkapitel für den entsprechenden Diskurs hinzugekommen. Dies betrifft die Darstellungen zu Justus Möser, den Federalisten, Louis-Sébastien Mercier, Hugo Grotius, Pierre Bayle und Immanuel Kant. Das Teilkapitel über Gerrard Winstanley musste einer Darstellung zugunsten von Francis Bacon im Utopieteil weichen. Natürlich fehlen immer noch gewichtige Autoren aus dem 17. oder 18. Jahrhundert, wie etwa Pufendorf, Thomasius oder Diderot. Vollständigkeit kann und soll hier nicht angestrebt werden, denn es geht um die paradigmatische Perspektive für den jeweiligen Diskurs.

Auch die Transferfunktionen der Argumente in den Diskursen untereinander sind nun deutlicher prononciert als vor zehn Jahren. Dies gilt auch für die Berücksichtigung der Fachliteratur, die nun im Umfang verdoppelt worden ist. Auch wenn die Reflexionen aus der Fachdiskussion zwischen Vertretern der Politischen Ideengeschichte, der Politischen Theorie und der Politischen Philosophie für die hier gewählte Konstruktion der sechs Diskurse und ihrer Repräsentanten zweifellos erkenntnisleitend waren und sind, so bleiben sie doch (mit Ausnahme der erwähnten Abgrenzung von der Cambridge School) hier nur angedeutet. Der kundige Leser oder die Leserin wird die Gewichtung erkennen. Da in den letzten zehn Jahren eine erfreuliche Ausdifferenzierung gerade zu den Autoren der politischen Theorie in der Prämoderne weltweit stattgefunden hat, ist hier sehr stark Literatur aufgenommen worden, die nach 2000 erschienen ist. Die in der ersten Auflage zitierten Werke der behandelten Denker sind weitgehend beibehalten worden. Erfreulicherweise kann nun für Johannes Althusius die erste deutschsprachige Edition der *Politik* benutzt werden.

Die Beendigung der Diskurse mit Kant, ja überhaupt seine Berücksichtigung in dieser Einführung, mag viele überraschen. Doch nach der hier angezeigten Lesart erscheint der Denker aus Königsberg weitaus mehr dem prä-

modernen Diskurskontext in Fragen der Politik verhaftet, als es die mittlerweile übliche Interpretation seiner Aktualisierung im Geist der Moderne zugibt. Die Logik beginnt zweifellos mit Kants Philosophie in einer neuen Dimension – nicht aber die Politik.

Peter Nitschke

Vechta, 4. Juni 2010

# Einleitung

## *Politische Theorie in der Prämoderne*

Politische Theorie beinhaltet den Versuch einer Systematisierung von Aussagen über die politische Wirklichkeit. Das heißt, es geht in der Theorie darum, dem Anspruch gerecht zu werden, die Vielzahl von Wahrnehmungsmöglichkeiten der sogenannten *Wirklichkeit* ebenso konkret wie auch abstrakt darlegen zu können. Hierzu bedarf es nicht nur der formalen Systematisierung, sondern mehr noch der logischen Stringenz bei der Beweisführung. Erst wenn diese gegeben ist, wird es möglich, mittels einer Theorie eine (relativ) umfassende Aussage über die *Wirklichkeit* geben zu können. Nur wenn die Theorie in ihren einzelnen logischen Bausteinen stringent im Sinne einer Methode operiert, kann sie eine Vielzahl von Wirklichkeitsaspekten umfassen und systematisch aufeinander zuordnen. Und nur dann lassen sich konkrete Aussagen über den Sinn oder Unsinn von empirischen Erscheinungsformen formulieren. Im eigentlichen Sinne werden sie genau genommen erst durch die *theoretische* Erklärung und Herleitung erfassbar. Gute Theorien haben somit immer eine induktive und eine deduktive Komponente in ihrem Gedankensystem. Je nach Methodologie wird mal mehr der eine Erklärungsaspekt oder der andere hervorgehoben. Grundsätzlich gilt aber: Erst im Wechselspiel von Deduktion und Induktion ergibt sich die Brillanz und Konsistenz einer Theorie.

Theorie

Was hier ganz allgemein gesagt wird, gilt – wie für alle Theorien – erst recht für die im politischen Bereich. Die Frage, was politische Wirklichkeit ist, hängt nicht zuletzt – oder überhaupt in erster Linie – von der theoretischen Prämisse ab. Das ist sicherlich sehr modern formuliert und man wird im Folgenden sehen, dass dies historisch nicht immer so der Fall gewesen ist. Aber – und das kennzeichnet den vorliegenden Band – das Verständnis über das *Politische* kristallisiert sich im Laufe der Prämoderne als ein theoretisch zu gewinnendes Verständnis mehr und mehr heraus. Dies ist im sogenannten *Mittelalter* keineswegs so der Fall gewesen: Obwohl das Mittelalter über substantielle Dialoge und Denkschriften zur Frage des Politischen verfügt, sich auch um dessen Eigenständigkeit jenseits der theologischen Provenienz durchaus bemüht, verbleibt man hierbei in einem Rahmen, der seine philosophische, sehr oft eklektizistische Herangehensweise an das Thema nicht verleugnen kann und will. In den Diskursen zwischen dem 4. und dem 15. Jahrhundert bleibt es stets bei einer sehr theologischen Befrachtung politischer Themen. Wenn sie hierbei im Sinne eines sachlich zu fundierenden Eigenwerts dargestellt werden, dann stets mit philosophischen Mitteln, die das *System* vermeiden und das Anthropologische bevorzugen. Mit anderen Worten: Das Mittelalter kennt keine politische *theoria* im Sinne der eingangs skizzierten Referenzkriterien. Zwar gibt es allenthalben über die Frage „Was ist der Mensch – bei Gott?“ interessante Antworten zum politologischen Kontext, aber dies ist selten systematisch gedacht und formuliert und schon gar nicht im Sinne eines eigenen Systems mit von der Theologie womöglich un-

Politisches Denken  
im Mittelalter



abhängigen Kriterien erörtert worden. Politische Philosophie findet statt, insbesondere seit dem Hochmittelalter, seitdem man die *Politik* des Aristoteles wiederentdeckt und ins Lateinische übersetzt hat, aber es ist dies lange Zeit eben noch keine dezidierte Theorie des Politischen.

### *Die Prämoderne*

Begriff der  
Prämoderne

Das ändert sich mit der Prämoderne zweifellos. Wohlgermerkt, die philosophische Betrachtung des Politischen im Sinne der anthropologischen Wahrheitsfragen bleibt selbstverständlich, aber sie bekommt nunmehr eine systematische Untermauerung, indem man die Fragen zur Legitimation von politischer Ordnung dann auch bündelt mit den institutionellen Aspekten und verfahrensorientierten Auswirkungen von politischer Praxis. Gemeinhin wird der Zeitraum, um den es bei den folgenden Darlegungen geht, als *Frühe Neuzeit* oder *Frühmoderne* bezeichnet. Beides sind stilistische Festlegungen, auf die sich Historiker eingelassen haben, um die Neuzeit als sogenannte *Moderne* besser von dem abgrenzen zu können, was man vielleicht fälschlicherweise immer noch das *medium aevum* nennt. Alle diese Festlegungen stammen aus dem bürgerlich-liberalen Geschichtsschreibungsprogramm des 19. Jahrhunderts, sind also Festlegungen im Nachhinein, die abgrenzen wollen von dem, was man dann als eigentliche *Moderne*, als Hier und Jetzt thematisch vorfindet – oder auch nicht. Der Begriff der *Frühen Neuzeit* erlaubt in einer solchen Dechiffrierung eine bessere Beschreibung des Übergangs vom Mittelalter in die Neuzeit. Damit wird aber ein teleologischer Impetus konstruiert, der sich zwar deutlich an den Fortschrittserwartungen der Moderne orientiert, der aber in der Sache, nämlich der perspektivischen Festlegung, selbst nicht unproblematisch ist. Was ist, wenn es diesen *Fortschritt* so gar nicht gibt? Was, wenn es z. B. ein Voranschreiten gibt, aber keineswegs damit verbunden immer auch eine jeweils qualitative Optimierung?

Fragen dieser Art, die im Kontext der Debatte um die sogenannte *Postmoderne* gestellt werden, verweisen somit deutlich auf die Brüchigkeit all dieser Festlegungen. Allein ohne nominale Festlegungen und konstruktive Stilisierungen geht es aber auch nicht, erst recht wenn alles in den modernen Wissenschaften zu Historisierungen neigt. Insofern muss man für das, um was es bei Themen in den Geistes- und Sozialwissenschaften geht, einen temporalisierenden Begriff haben. Die Bezeichnung der *Prämoderne* erscheint hier in Bezug auf den Zeitraum zwischen Mittelalter und Moderne mittlerweile passender als der Begriff *Frühe Neuzeit*. Denn im Gegensatz zum letztgenannten Begriff formuliert das Verständnis von Prämoderne einen Kontext der thematischen Vorgelagertheit zur Moderne – ohne in diesen Zeitraum zugleich zielgerichtete Implikationen der Moderne hineininterpretieren zu müssen. Ein Verständnis von einer prämodernen Welt bleibt somit auch offener für Traditionsreste und -weiterentwicklungen aus dem mittelalterlichen Gedankengut. In der Zurückweisung der teleologischen, um nicht zu sagen auch historizistischen Zuordnungen, die vom modernen Staat, dem säkularen Verständnis von Politik und Gesellschaft hier allzu oft gemacht werden, liegt zugleich die hermeneutische Chance, sich der Antinomien der Aufklärung mit dem Begriff der Prämoderne deutlicher als bisher zu stellen. Vielleicht, so stellt man dann fest, hat unsere heutige Situation in der Theorie des Politischen durchaus mehr zu tun mit prämodernen Attributionen und Theoremen

über Politik und Gemeinschaft als *Gesellschaft* denn mit den gängigen Referenzkriterien, wie sie sich im Gefolge der Aufklärung eingespielt haben.

Das bedeutet dann aber zunächst, dass man eine *Einführung* in die politische Theorie der Prämoderne letztendlich immer auch in Referenz zur eigenen Gegenwart schreibt und liest. Sie ist jedenfalls davon nicht abzukoppeln, zumal Klassiker politischen Denkens für uns heute (wie für andere Generationen auch) jeweils nur dann als *Klassiker* erscheinen, wenn und weil sie etwas über Zeit und Raum hinweg mitzuteilen haben. Insofern ist gerade der Zeitraum der Prämoderne hierfür hochrangig relevant, formuliert sich doch in der Zeit zwischen 1500 und 1800 ein Großteil dessen, was für die Herleitung des demokratischen Verfassungsverständnisses heutzutage nicht nur die ultima ratio, sondern auch die unumgängliche Voraussetzung darstellt. In den zeitlichen Eckgrenzen zwischen Renaissance und Reformation auf der einen und Aufklärung und Französische Revolution auf der anderen Seite ist ein Großteil der Basistheoreme zu verorten, mit denen in der Moderne, aber auch in der Postmoderne demokratische Ordnung konstituiert und legitimiert wird. Autoren wie Niccolò Machiavelli, Jean Bodin, Hugo Grotius, Thomas Hobbes, Baruch de Spinoza oder John Locke, David Hume und Jean-Jacques Rousseau formulieren in genau den knapp dreihundert Jahren, um die es im Folgenden geht, die Basisparameter von moderner politischer Theorie. Sie dechiffrieren ihre jeweiligen Kritikpunkte an der eigenen Epoche nicht immer systematisch im Sinne einer klaren Theorie, oft sind die philosophischen Anteile, die stets zu einer guten politischen Theorie gehören, noch sehr viel ausschlaggebender als das pure System. Doch unzweideutig lässt sich nun der Trend zu einer Rationalisierung im Sinne der systemischen Formalisierung von Aussagen feststellen. Das Bemühen um logische Konsistenz überwiegt bei den meisten Autoren vor rein spekulativen Argumenten, die man im Gefolge der klassischen Scholastik des Mittelalters zunehmend für obsolet hält, obwohl dennoch – das wird sich zeigen lassen – es gerade auch scholastische Reflexe sind, wenn nun in der Prämoderne auf das System von der Politik gedrungen wird. Die Verwissenschaftlichung des Politischen im Sinne einer *Wissenschaft von der Politik* hat in diesen drei Jahrhunderten zweifellos ihren ersten Siegeszug aufzuweisen. Das Streben nach rationalen Standards in systematischer Kongruenz wird nicht zuletzt vorangetragen und untermauert durch die politischen Herausforderungen und Deformationen, denen sich Alteuropa in diesen drei Jahrhunderten ausgesetzt sieht. Die Prämoderne ist die Zeit des fundamentalen Schismas im christlichen Abendland, das mit Reformation und Gegenreformation im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation seine besondere Ausprägung findet, wofür nicht zuletzt das gewaltige militärische Szenario im Dreißigjährigen Krieg paradigmatisch steht. Dieser erste europäische *Bürgerkrieg* geht einher mit den nationalen Bürgerkriegsorgien in Italien, in Frankreich und in England. In all diesen blutig geführten Konflikten verschleißt sich das traditionelle Referenzbild von politischer Ordnung, das seit dem Hochmittelalter aus der Dualität von *imperium* und *sacerdotium* bestanden hat, in zunehmendem, für viele Zeitgenossen äußerst erschreckendem Maße. Darauf gilt es Antworten zu finden und die müssen logischerweise jenseits der traditionellen Klischees gesucht werden. Insofern ist die Prämoderne die radikale Umbruchszeit für das politische Denken. Was in der Moderne als gesichert gilt, muss hier erst erkannt und als

Klassiker politischen Denkens in der Prämoderne

Die Epochenperspektive

logisch *richtig* gefiltert werden. Dabei gibt es – wie in jeder *Gegenwart* – zunächst keine eindeutigen Antworten. Vieles bleibt daher offen für weitere Bausteine in der Argumentation. Manches bleibt (noch) unreflektiert, wird anders akzentuiert als später in der moderneren Debatte. Oft gibt es noch andere Konnotationen – vor allem in Bezug auf den Stellenwert der Religion. Erstaunlich vieles hat zunächst einen anderen Sinn, als die spätere Lesart des 19. und 20. Jahrhunderts hier interpretieren will. Insofern gibt es Sprünge in der Argumentation von politischer Theorie in der Prämoderne, die auf Inkongruenzen, sogar strukturelle Antinomien hindeuten, die später nicht mehr verstanden worden sind oder (fälschlicherweise im Sinne irgendeiner Ideologie) zugeschüttet wurden. Im Endeffekt gipfelt zwar vieles in der Französischen Revolution und lässt sich durchaus bündeln in der amerikanischen Verfassung, aber eben nicht alles. Die politische Theorie der Prämoderne findet mitnichten ihren logischen Abschluss im Aufklärungspathos dieser beiden politischen Revolutionen. Wenn auch zeitlich hiermit die Eckpunkte für die vorliegende Einführung erreicht sind, dann gilt dies nicht für die Implikationen, welche die diversen Theoreme von politischer Theorie in der Prämoderne bis auf den heutigen Tag hinterlassen. Das aufzuzeigen und gerade auf die inkongruenten Kapitel in der Theoriegeschichte hinzuweisen, ist Sinn der vorliegenden Konzeption. Das bedeutet aber zugleich auch, dass der methodologische Ansatz hier eingangs kurz dechiffriert werden muss.

#### *Der Diskursansatz*

Die Herleitung von politischer Theorie geschieht zweifellos immer durch einen vorgegebenen historischen Kontext, der selbst nicht beliebig ist. Das heißt, politische Theorien sind nicht einfach nur abstrakte Statusanzeigen von Wirklichkeitsverständnis, sondern sie gehen einher mit Bedeutungsmustern nominaler wie ontologischer Art quer durch Zeit und Raum. In diesem Sinne sind politische Theorien selbstverständlich in einen jeweiligen historischen Kontext eingebunden. Was wiederum bedeutet, dass eine jeweilige politische Theorie nicht beliebig interpretiert werden kann. Sie muss vielmehr vor der Folie ihrer jeweiligen historischen Raum-Zeit-Relation gelesen werden. Wenn sie diese dann doch auch transzendiert, indem sie in den Bedeutungsmustern ein hermeneutisches Überschusspotential bereithält, welches historische Kontexte und Zeit- und Raumgebundenheit sprengt, dann ergibt sich die Perspektive auf Aussageebenen, die theoretisch universal sein können, folglich auch ahistorisch gelesen werden können.

Politische  
Ideengeschichte

Ein solches Wechselspiel zwischen historisch immanenten und zugleich auch transzendierenden Interpretamenten von politischer Theorie ist kognitiv nicht leicht zu fassen. Die hierbei entstehenden Schwierigkeiten begründen sich im Wesentlichen schon durch das Verständnis dessen, was *Geschichte* überhaupt ist und an Aussagen bereitstellen kann. Die oft für die Ebene der politischen Ideengeschichte bemühte Formel von der Dialektik zwischen Idee und historischer Wirklichkeit ist genau genommen noch weitaus dialektischer anzusehen. Denn es geht nicht einfach nur um die Ambivalenz von *Idee* und *Wirklichkeit*, die man mittels einer Umfeldanalyse der maßgeblichen sozial-ökonomischen oder kulturpolitischen Faktoren meint aufzeigen zu können, wie etwa in der Konzeption von Fetscher und Münkler in *Pipers Handbuch der politischen Ideen* (vgl. Fetscher/Münkler 1985). Auch wäre es

sicherlich nicht ausreichend, lediglich zu vermuten, dass Theorien über das Wesen der Politik irgendwie auch praktische Relevanz für die konkrete Politik haben (so Sabine 1971). Offenkundig ist das so, aber warum? – Warum sind Begriffe der politischen Theorie tatsächlich mehr als nur Instrumente des Denkens, was macht sie zu Produkten der Problembearbeitung von jeweils historisch fundamentalen Konflikten? – Warum ist ein systematisches Denken über Politik nicht nur die bloße Subsumtion der Wirklichkeit unter neuen oder alten Begriffen, sondern durchaus auch deren evolutionären Aufbrechung und Vorantreiben auf Veränderung hin?

Die logische Antwort, die hierauf zu geben ist, hängt im Wesentlichen vom Verständnis dessen ab, was wir überhaupt als je *historische* Wirklichkeit zu begreifen in der Lage sind. Genaugenommen ist es nämlich die Frage nach dem Verständnis von *Geschichte* selbst. Ist das, was uns geschichtlich begegnet, die je historisch formulierte Wirklichkeit oder ist dies vielmehr nur eine unter bestimmten Gesichtspunkten ausgesuchte – und solchermaßen immer schon *strukturierte* Wirklichkeit?

Geht man vom Letzteren aus, dann ist Geschichte im Wesentlichen ein Konstrukt, welches sehr stark abhängt von der Phantasie des Jeweiligen, der da die Quellen (= Texte) überhaupt befragt. Die Konstruktion besteht allein schon darin, dass sie in einer Sprache die Aussagen der Quellen wiedergeben muss, die ihrerseits bestimmte (historisch kontingente) Voraus-Setzungen nötig hat, um überhaupt rekonstruieren zu können, was da eigentlich gewesen sein soll. Die scheinbaren *Fakten* sind so gesehen keine richtigen Fakten, sondern nur Artefakte im Bereich einer unendlichen Vielzahl von denkbaren Variationsformen des jeweiligen Themas. Zum *Faktum* wird etwas erst durch die Art der Perzeption, in der man etwas aus den Quellen heraus liest. Was unverständlich ist bzw. gar nicht *gelesen* (oder auch: symbolisch *gesehen*) werden kann, hat so gesehen auch keine Realität. Das heißt, die *Realität* wird erst durch eine Deutung erschlossen. Eine jede Deutung wiederum bedingt eine jeweils *ideale* Voreingenommenheit in Bezug auf das, was man überhaupt zur Kenntnis nehmen will. Im Bereich der vorgefassten idealen Einschätzung gibt es selbstverständlich nicht nur eine, sondern immer mehrere Möglichkeiten. Das Entscheidende hieran aber ist, dass nicht jede Variation zum Thema stimmig ist. Das heißt, man kann nicht beliebigen Unsinn für sinnig erklären. Aus der politischen Theorie des Karl Marx kann man beim besten Willen keine Mars-Geschichte machen. Umgekehrt gilt aber auch, dass der positivistischste Bezug auf die sogenannten *Fakten*, den man sich überhaupt denken könnte, noch erst recht keine bessere Form von Wahrheit ergibt. Das Konstruieren ist nötig aufgrund der Paradoxie, dass die historischen Welten, die mittels der Quellenlektüre erforscht werden, nur durch die Sprachperspektive ihres Mediums, des Historikers, *sprechen* (vgl. auch Pocock 1987). Hierbei ist das *Medium* Rezipient wie Generator ein- und desgleichen Vorgangs – nämlich der Konstruktion von Geschichte. Eine Geschichte per se gibt es daher nicht – obwohl es *die* Vergangenheit gibt. Aber welche *Geschichten* die Vergangenheit birgt – und welche überhaupt mitgeteilt werden –, ist eine Frage der Konstruktion.

Insofern versteht sich der hier vorgelegte diskursanalytische Ansatz als eine klare Abgrenzung zur kontextualisierenden Lehre der so genannten *Cambridge School* (vgl. hier u.a. Skinner 1969 u. Pocock 1972). Denn trotz

Problem der  
(historischen)  
Wirklichkeit

Historische  
Hermeneutik und  
ihre Idealisierung

Kontra  
Cambridge-School

aller hermeneutischen Verbesserungsmöglichkeiten durch die Rekonstruktion von historischen Kontexten, sei es im Verständnis von Rhetorik, politischer Polemik in Pamphleten oder auch durch Bildbetrachtungen (vgl. als Beispiele Skinner 1996 oder Bredekamp 2003), bleibt die Analyse der Aussageebenen von politischer Theorie immer noch eine Konstruktion – nur eben sehr viel anspruchsvoller. Sie setzt die Konstruktion von Geschichte voraus – und abstrahiert zugleich von dieser. Somit ist die politische Theorie gegenüber der Konstruktion des rein historischen Erzählens nicht nur wirklichkeitsimmanent gemessen an dem, was die historischen Texte aussagen, sondern mehr noch auch transzendent im Hinblick auf ihre jeweilige Bedeutung. Diese kann differieren nach Raum und Zeit, somit auch ahistorisch gelesen werden. Und das ist eigentlich das Interessanteste an der politischen Theorie: ihre zeitsprengende Unabhängigkeit für bestimmte Theoreme.

Der Diskursansatz

Das bedeutet: es gibt so etwas wie eine Wahrheitsfrage in der Auseinandersetzung mit politischer Theorie. Allerdings – und das ist das ebenso Problematische wie Reizvolle – lässt sich diese Wahrheitsfrage nie vollständig, sondern nur relativ erschließen. Es existieren in der Analyse von politischer Theorie somit keine abschließenden, unumstößlichen Gewissheiten, wohl aber eine Menge sinnvoller Aussagen über menschliche Wirklichkeit im Bereich des Politischen. Wenn die Aussage  $1 + 1 = 2$  logischerweise gültig ist, dann bleibt *Mord* auch dann ein Mord, wenn die Tat uns als Notwendigkeit verkauft wird. Das Beispiel demonstriert aber auch, dass die Stimmigkeit der Aussagen in der Interpretation nicht zuletzt von bestimmten Vorannahmen abhängig ist, die selbst wiederum auf Prämissen basieren, deren Endgültigkeit man unter der Berücksichtigung konträrer oder alternativer Prämissen durchaus in Frage stellen kann. Die jeweilige Entscheidung, um welche Prämissen es sinnvoller gehen könnte oder sollte, ist selbst schon ein konstruktiver Akt. Und hängt nicht unwesentlich davon ab, wie die Konstruktion des Prozesses ausfällt, in dem sich der Diskurs bewegt. Natürlich ist die Geschichte eines bestimmten Diskurses von politischer Idee von der Form her textual. Aber dies wiederum schon als das Gegebene aufzufassen, käme einer Banalisierung des Banalen gleich. Die historischen wie ontologischen Statusaussagen in ihrem jeweiligen Bedeutungskontext sind es, die bei der Dechiffrierung von Texten der politischen Ideengeschichte das eigentlich Interessante ausmachen. Hierin unterscheidet sich der politiktheoretische Ansatz in der Analyse auch von dem des Historikers der politischen Ideen. Der Historiker liest lediglich die historische Sprache (vgl. Pocock 1987: 27), er reformuliert sie nicht im neuen, jeweils aktuellen Kontext zeittranszendent. Jedenfalls versucht der historische Ansatz dies stets *bewusst* zu vermeiden. Insofern setzt sich der vorliegende politikwissenschaftliche Erkenntnisansatz von vornherein von der hermeneutischen Differenz, die der Historiker meint gegenüber seinen Texten aufbringen zu können, ab. Sprachsymbolische Referenzen bleiben zweifellos, sind aber der sachontologischen Ebene untergeordnet. Diese zielt auf Aussagen in der Legitimationsebene von politischer Ordnung – unabhängig von Zeit und Raum. Welche Referenzkriterien werden hierfür gemacht, mit welchen historisch kontingenten Attributen und mit welchen ontologisch-immanenten Kriterien?

Bei der Beantwortung dieser Fragestellung kann man sich von den einschlägigen Perspektiven der historischen Diskursanalyse im Bereich der poli-

tischen Ideengeschichte leiten lassen. Das impliziert als Ausgangspunkt die Annahme, dass jede politische Gemeinschaft über ein strukturell spezifisches und an sich stabiles Vokabular des Politischen verfügt. Dieses Vokabular verändert sich allerdings in Zeiten einer enormen sozialen wie normativen Destabilisierung der bestehenden Ordnung (vgl. u.a. Ball 1988 u. Hunter 2007). Die dann einsetzenden z. T. sehr eklatanten Bedeutungstransformationen im Verständnis auf das Politische lassen sich mit dem Aufkommen neuer (oder mitunter auch *alter*) Diskurse festmachen. Die Delegitimierung des Bestehenden bei gleichzeitiger Einführung eines neuen Paradigmas von Politik ist somit ein beherrschendes Prinzip für Diskurse in der politischen Theorie.

Um nun einen Diskurs angemessen zu verstehen, ist es nicht nur notwendig, sich den jeweiligen historischen Kontext zu erschließen, sondern mehr noch auf die Bedeutungsdifferenzen innerhalb der Theoreme zu achten, die da diskursiv verhandelt werden. Schließlich und endlich geht es vor allem um die Implikationen, die ein Diskurs über Politik beinhaltet – und zwar auch jenseits des historischen Horizontes. Wir können ohnehin den ganzen Deutungshorizont, in dem sich ein Autor wie Hobbes oder Leibniz *historisch* bewegt hat, heuristisch nicht mehr überblicken. Alles, was wir hierzu festlegen, sind hermeneutische Rekonstruktionen. Ob z. B. Hobbes oder Leibniz gesehen haben, welches Theorem in welcher Weise seine Wirkung im Diskurs entfalten wird, ist eigentlich irrelevant. Wichtiger ist, dass sie überhaupt ein bestimmtes Theorem oder Axiom neu in die Theorie eingeführt haben. Das heißt, gerade die hermeneutische Überschussfunktion, die ein neu entwickeltes Theorem in einem bestimmten Diskurs hat, ist zeit- und raumtranszendierend. Insofern kann der historisch-kontextualisierende Interpretationsstandpunkt nur einer unter mehreren analytischen Aspekten sein. Jegliche Priorisierung eines historischen Ansatzes würde sonst zwangsläufig zu einem Historismus führen und damit nur eine untergeordnete Erkenntnisebene der politischen Theorie dokumentieren. Gerade in Bezug auf die prämodernen Autoren, um die es hier geht, wäre dies ein hermeneutischer Missgriff, argumentieren sie in der Mehrzahl eben nicht strikt historisch, sondern vielmehr ontologisch. Das heißt, man muss drei Aussageebenen in der Rekonstruktion der Diskurse zur politischen Theorie der Prämoderne (wie überhaupt ganz grundsätzlich in der politischen Theorie) unterscheiden:

Die Aussageebenen

1. die textuale Aussage selbst, die historisch fixiert ist,
2. die Bedeutung, die diese Aussage beinhaltet, die nicht mehr nur historisch, sondern bereits transzendierend sein kann,
3. die Wirkung der Bedeutung von der Aussage, die transzendent ist.

Spielt man diese drei hermeneutischen Varianten am textualen Material durch, dann ergibt sich ein dialektisches Bild, was gerade der Diskursrekonstruktion zugute kommt. Man darf sich allerdings dabei nichts vormachen: der so dechiffrierte Diskurs ist und bleibt eine Konstruktion. Ob die Zeitgenossen der Prämoderne ihn tatsächlich so gelesen haben, entzieht sich der absoluten Bestimmung. Offenkundig gibt es so etwas wie einen *utopischen* Diskurs in der Prämoderne oder einen *machiavellistischen*. Doch dies ist schon zwischen 1500 und 1800 eine Konstruktion gewesen. Man darf sich also bei der hier angestrebten Dialektik zwischen den drei hermeneutischen Ebenen nicht einbilden, dass man damit den jeweiligen Denker besser ver-

stehen würde als dieser sich selbst. Wer weiß schon, wie sich ein Kant verstanden hat oder ein Machiavelli? Die Konstruktion von Identität (vgl. auch Bevir 1997: 231), die die beiden genannten Autoren von sich und ihren Texten formuliert haben, kann vielleicht unter dem Gesichtspunkt der Jetztzeit auch etwas anders gesehen werden – nur eben nicht beliebig. Das Phänomen der Relativität von Theoremen innerhalb und außerhalb eines bestimmten Diskurses führt so gesehen zur wichtigsten Frage der politischen Theorie überhaupt: Mit welcher Logik wird die Legitimation von politischer Ordnung betrieben? – Was sind die Begründungsprämissen?

Die Frage nach den Begründungsprämissen ist die Wahrheitsfrage. Mit welcher *Wahrheit* wird operiert zugunsten welcher politischen Ordnung? Nicht jeder politische Diskurs formuliert und verträgt den gleichen Wahrheitsanspruch. Genau genommen unterscheiden sich Diskurse zur politischen Theorie gerade darin radikal. Insofern ist es auch logisch und geradezu *natürlich*, dass es bei Diskursen über politische Theorie Paradigmenwechsel gibt. Nicht jeder Diskurs ist zeit- und raumunabhängig, manche verschwinden so schnell wieder, wie sie gekommen sind. Allerdings gibt es auch Diskurse, die in ihren wesentlichen Wahrheitsansprüchen eine wenn auch nicht immer lineare, so doch nachhaltige Wirkung entfalten. Grundsatzfragen zur Monarchie, zur Aristokratie, zur Tyrannis oder auch zur Demokratie werden zwar nicht zu allen Zeiten, aber in vielen Jahrhunderten doch mit beachtlicher Konsistenz gestellt. Das trifft vor allem auf die prämodernen Diskurse zur politischen Theorie zu. Sie formulieren aber auch, wie das bei wissenschaftlich betriebenen Aussagen zur menschlichen Wirklichkeit notwendig ist, nicht nur die *eine* Wahrheit, sondern mehrere Wahrheiten von ein und der gleichen Sache. Allerdings ist das kein relativer Erkenntnisvorgang, sondern es geht dabei immer um ein Weniger oder Mehr im Hinblick auf die *Angemessenheit* der Erklärungen. Die Perspektive auf die Angemessenheit ist aber keine Perspektive, die man einfach mit einem Wechselspiel von Idee und Wirklichkeit, Theorie und Praxis kompensieren kann. Das heißt, es bleibt eine hermeneutische Überschussfunktion bei manchen Theoremen bestehen. Gerade deswegen transzendieren sie dann auch eine theoretische Aussage von Zeit und Raum. Gleiches gilt für die Bedeutungsebenen zwischen zwei unterschiedlichen Diskursen. Ihre jeweiligen Wahrheitsansprüche können inkommensurabel sein, das heißt sie alternieren nicht miteinander. Eine Verkehrssprache zwischen den Diskursen findet dann nicht statt. Diese systemisch produzierte Inkommensurabilität führt oft in Zeiten des fundamentalen sozialen Umbruchs zur Kreierung neuer Begrifflichkeiten, um ein neues Paradigma sachgerecht anzeigen zu können – auch wenn es dieses Paradigma in der bestehenden *Wirklichkeit* so noch nicht gibt. Thomas S. Kuhn hat dieses konstruktivistische Muster in Diskursen folgendermaßen veranschaulicht (Kuhn 1995: 42): „Einen neuen Begriff zu formulieren kann einen dazu bringen, eine neue Wortgruppe zu schaffen. Es gibt nämlich Begriffe, die die existierende Sprache nicht assimilieren kann. Etwa können wir eine Katze von einem Hund unterscheiden. Tauchte in der Natur nun ein Tier auf, das man Katzenhund nennen müsste, so brähe der Teil der Sprache zusammen, mit dem wir [diese] Tiere klassifizieren.“

Genau dieses epistemologische Phänomen tritt bei den Theoremen von politischer *Wirklichkeit* auf. Sie zeigen jeweils Statusaussagen an, die immer

Die Angemessenheit  
der Erklärungen